

E.B. 75.77.03.-SVO

Bern, den 9. April 1992

Interdepartementales ad-hoc-Komitee zur Verwendung des EDA-Spezialkredites für die Zusammenarbeit mit der ehemaligen Sowjetunion

Beschlussprotokoll der Sitzung vom 6. April 1992

Teilnehmer: Pierre Leu (GS/EVED), Armin Ritz (PA III, EDA), Daniel Stauffacher, (BAWI), Rudolf Ramsauer (BAWI), Luzian Odermatt (BJ/EJPD), Yves Emery (EFD), Theodor Winkler (EMD/Stab GGST), Rudolf Plüss (GS EMD), Christian Risch (GS EDI), Pierre Multone (BEW) sowie Botschafter J.C.A. Staehelin, Eric Martin, Carlos Orga, Lucio Canonica, Jan Böhringer, Denis Knobel und Volker Schulte (PA I, EDA)

Botschafter Staehelin führt in die Sitzung ein und beschreibt Sinn und Zweck des Zusammenkommens:

Es ist noch ein Rest des 5-Mio-Spezialkredites von 3,94 Mio. Fr. vorhanden. Es geht in der Sitzung nicht um die Diskussion über eine langfristige Konzeption des Unterstützungsprogramms für die ehemalige Sowjetunion, sondern um die Frage, wie man die Restmittel von 3,94 Mio. Fr. 1992 am vernünftigsten verwenden kann. Vom EDA werden den Teilnehmern 5 Projekte vorgestellt, welche diesen mit der Einladung für die Sitzung bereits zur Prüfung zugeschickt worden sind:

Projektvorschlag 1: "Ko-Finanzierung des Internationalen Zentrums für Wissenschaft und Technologie in der GUS"

Dieser noch für dieses Jahr budgetrelevante Projektvorschlag entspricht wichtigen Kriterien der Botschaft zum zweiten Rahmenkredit wie dem Solidaritäts- und Sicherheitsaspekt und einem gewünschten multilateralen Engagement. Das Projekt deckt sich zudem mit den aussenwirtschaftlichen und umweltpolitischen Interessen der Schweiz. Es passt schliesslich als Antwort zu verschiedenen parlamentarischen Anfragen.

Der Beitrag beläuft sich auf 2 - 3 Mio. Fr. . Bei einem schweizerischen Engagement in dieser Grössenordnung ist aber auch ein Einsitz unseres Landes im Ausschuss bzw. Verwaltungsrat dieses Zentrums anzustreben.

Nach der Diskussion wird einhellig befürwortet, den Projektvorschlag anzunehmen. Bei Abzug der Kosten für die anderen unten aufgeführten Projekte steht die Summe von max. 3 Mio. Fr. zur Verfügung.

Projektvorschlag 2 : "Beratung der russischen Umweltbehörden bezüglich der Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen"

Diesem Vorschlag wird ohne kontroverse Diskussion einhellig zugestimmt. Dem Projekt stehen zur Realisierung 120.000 Fr. zur Verfügung.

Projektvorschlag 3 : "Zusammenarbeit mit der ehemaligen Sowjetunion im Gesundheitsbereich/Spitalpartnerschaften"

Der Vorschlag wird ebenfalls ohne Diskussion angenommen. Für das Projekt stehen 150.000 Fr. zur Verfügung.



Projektvorschlag 4 : " Pilotprojekt für den Bereich der Managemententwicklung in Russland, ausgeführt vom Gottlieb Duttweiler Institut"

Das Projekt wird einhellig als sinnvoll und praxisorientiert erachtet und damit angenommen. Für das Projekt stehen 360.000 Fr. zur Verfügung. Die Zusammenarbeit mit dem GDI bezieht sich auf die Explorationsphase, eine Verpflichtung gegenüber dem GDI über die Pilotphase hinaus wird damit nicht eingegangen.

Projektvorschlag 5 : "Projekt im landwirtschaftlichen Verteilungs- und Verarbeitungsbereich"

Das Projekt dient der Verbesserung der landwirtschaftlichen Strukturen. Der Spezialkredit gibt die Möglichkeit, Abklärungsmissionen und die erste Phase der technischen Unterstützung einzuleiten. Das finanzielle Engagement über die Abklärungsphase hinaus kann nur geschätzt werden, da eine Abklärungsmission vor Ort bis dato nicht durchgeführt werden konnte. Eine allfällige Weiterführung des Iwanowo-Projekts müsste in Absprache mit dem BAWI (betr. Güterlieferung) erfolgen und hängt schlussendlich von der Aufstockung der Mittel für die GUS ab (Interpellation Bonny).

Projektvorschlag SIPOLEX/EMD

Von Herrn Winkler/EMD wird der Antrag gestellt, sicherheitspolitische Experten aus den Oststaaten aus den Mitteln des zur Diskussion gestellten Kredites ausbilden zu können. Konkret geht es um die Ausbildung von 3 Balten, für welche noch eine Finanzierungslücke von 52.500 Fr. besteht sowie um die Schulung eines "high-ranking official" aus Russland, der für die Beziehungen zwischen den Ländern des neuen Commonwealth zuständig ist. Der Gesamtbedarf des EMD für die Ausbildungsvorhaben ist mit rund 100.000 Fr. zu veranschlagen. Damit wären die Kosten für 1992 gedeckt. Später erforderliche Mittel (ab 1993) werden aus Budgetposten des EMD getätigt werden können. Der Antrag wird ohne Diskussion gutgeheissen.

Der Kostenvoranschlag für die Projekte Nr. 2 (Umwelt), Nr.3 (Spitalpartnerschaften), Nr. 4 (Pilotprojekt Management) sowie SIPOLEX beläuft sich auf

730.000 Fr.

Stellt man noch Kosten für das Projekt Nr. 5 (landwirtschaftliche Versorgung) in Aussicht, so bleiben für das Projekt 1 (Zentrum für Wissenschaft und Technologie) noch ca. 3 Mio Fr. zur Verfügung.

Büro für die Zusammenarbeit
mit Osteuropa

i.A.



Volker Schulte

betrifft Rubrik 201.3600.169 5 Mio Sonderkredit

Aktion Nr.	1991
1/ Filmtransportkosten	582.--
2/ Lettland - SIPOLEX-Seminar	50'000.--
3/ Litauen - Delegation	1'470.--
4/ Litauen - Akademie Kaunas	100'000.--
5/ Lettland - Mission Probst	40'000.--
6/ Baltische Staaten - Condrau	30'000.--
7/ Litauen -Familienminister	3'600.--
8/ Baltische Staaten - Delegat.	10'000.--
9/ Lettland -Bibl.Aussenmin.	5'500.--
10/ Baltische Staaten, Fachlit.	16'500.--
11/ Follow up mission-Aufbau lettisches Aussenministerium (Andres, Robert)	Fr.28'000.--
12/ Weltbank TRUST FUND, 1 Mio Schweizerfranken	
13/ Liberty Road	31'000.--

insgesamt wurden 1991 Fr. 1'316'652.-- engagiert,

davon wurden, zulasten Budget 1991, Fr. 1'054'987.20
ausbezahlt;

zulasten 1992 wurden bis dato Zahlungen im Betrage von
Fr. 56'197.85 ausgeführt, weitere folgen.

Bis heute wurden per 1992 noch keine weiteren Mittel ver-
pflichtet.

3. März 1992/RUF

E.B.75.77.26.0-ORC

Bern, den 31. März 1992

Projektvorschlag: **Ko-Finanzierung des Internationalen Zentrums für Wissenschaft und Technologie in der GUS**

1. Hintergrund

Am 22./23. Januar 1992 hat in Washington DC auf Einladung der USA die erste Konferenz über die Koordination der Hilfe an die ehemalige UdSSR stattgefunden. Die Schweiz war mit einer Delegation sowohl im Plenum wie in den fünf Arbeitsgruppen (Lebensmittel, Medizin, Energie, Unterkunft, technische Zusammenarbeit) vertreten. Am 22./23. Mai 1992 wird die Folgekonferenz unter EG-Leitung in Lissabon tagen. Die Schweiz wird wiederum daran teilnehmen.

In Washington DC stand die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse in der GUS im Zentrum des Interesses. Daneben wurde aber die Unterstützung der GUS auch als Antwort auf die sicherheitspolitische Herausforderung betrachtet. Im verabschiedeten Aktionsplan der Arbeitsgruppe "Technische Zusammenarbeit" wird der Verbesserung der nuklearen Sicherheit hohe Priorität eingeräumt. Neben der Förderung der Umweltverträglichkeit der Kernkraftwerke wurde insbesondere vom deutschen Aussenminister Genscher die Verhinderung des nuklearwissenschaftlichen "brain drain" als unterstützungswürdig bezeichnet.

2. Das Internationale Wissenschafts- und Technologiezentrum (IWTZ)

Am 11. März 1992 haben Vertreter der EG, der USA, Japans und Russlands formell die Gründung des IWTZ beschlossen. Die vier Gründerparteien arbeiten zur Zeit am Vertragsentwurf. Die Unterzeichnung des Vertrags war ursprünglich für den 1. April 1992 vorgesehen, musste aber auf ein späteres Datum verschoben werden.

Das IWTZ soll einerseits Wissenschaftler und Ingenieure unterstützen und umschulen, andererseits Austausch- und Partnerschaftsprojekte organisieren. Damit soll die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindert werden. Das Zentrum bietet den mitarbeitenden Wissenschaftlern und Ingenieuren Anreize und Unterstützung für die Umstellung auf langfristige wissenschaftliche Tätigkeiten, bei denen ihre Sachkenntnis zu

friedlichen Zwecken genutzt wird. Ferner soll das Zentrum die Entwicklung geeigneter Lenkungsinstanzen fördern und damit zu einer Stabilisierung der Gesellschaft beitragen.

Durch die Schaffung von Anreizen für eine berufliche Tätigkeit in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten dürfte das IWTZ auch die Gefahr einer Massenabwanderung von Wissenschaftlern und Ingenieuren mit Qualifikationen in empfindlichen Bereichen eindämmen.

Das IWTZ wird ferner durch die Arbeiten der teilnehmenden Wissenschaftler und Ingenieure zur Umstellung der Rüstungsindustrien auf friedliche Tätigkeiten beitragen und die Entwicklung von Normen und umweltfreundlichen Verfahren fördern.

Die Gesamtleitung des Zentrums wird bei einem **Verwaltungsrat** liegen. Dem Verwaltungsrat werden Vertreter derjenigen Geber angehören, die wesentliche Beiträge zu den Arbeiten des Zentrums leisten. Die Beschlüsse des Verwaltungsrates über Programmorientierung und Projektvorschläge ergehen durch Mehrheitsabstimmung.

Der **Managementausschuss** ist zuständig für die Auswahl und Prüfung der Projekte und überwacht deren Ausführung; ferner bereitet er Vorschläge zur Vorlage an den Verwaltungsrat vor. Dem Managementausschuss gehören Vertreter der Geber und der Empfänger an.

Sitz des Zentrums wird Moskau sein. Zweigstellen in anderen Republiken sind vorgesehen.

Finanzierung: Alle Geber leisten einen Beitrag zu den Infrastrukturkosten und den Gemeinkosten des IWTZ. Russland wird die Unterbringung des Zentrums, die Kommunikationssysteme und verschiedene andere lokale Ausgaben finanzieren. Die USA scheinen bereit zu sein, einen ersten Beitrag von 25 Millionen Dollar zu leisten. Die EG wollen sich in vergleichbarer Höhe engagieren. Japan, als vierter Initiant des Zentrums, hat sein finanzielles Engagement noch nicht beziffert. Interesse angemeldet haben im weiteren Kanada, Australien, Finnland und Schweden.

Die Projekte werden gemeinsam finanziert. In Ausnahmefällen kann eine bilaterale Finanzierung in Betracht gezogen werden.

3. Zum möglichen Engagement der Schweiz

Unbestritten ist, dass auch in der Schweiz ein Interesse an der nuklearen Sicherheit in der GUS besteht. Wir verweisen einerseits auf die im Parlament gestellten Fragen, bzw. das Postulat Fischer-Seengen vom 3. März 1992. Die Antwort des Bundesrates auf die Anfrage Baumberger liegt bei.

Das Gespräch mit dem Bundesamt für Energiewirtschaft des EVED hat ferner gezeigt, dass sich auch die Schweizer Wissenschaft (u. a. Paul Scherrer Institut) für die hier behandelte Thematik interessiert. Das Papier zur Erläuterung der EVED-Interessenlage ist uns in Aussicht gestellt worden. Die Interessenlage der Politischen Abteilung III des EDA liegt in Kopie bei.

Via unsere Mission in Brüssel haben wir erfahren, dass die USA einer Erweiterung der IWTZ-Trägerschaft positiver gegenüberstehen als die EG. Nach Ansicht der EG-Kommission soll das IWTZ-Verwaltungsorgan möglichst klein gehalten werden.

Gemäss den USA sei ein **Beitrag in Millionen-Dollar-Höhe** signifikant, d.h. ausschlaggebend für die effektive Mitsprache im IWTZ.

Aufgrund der von der Mission in Brüssel geführten Gespräche lassen sich folgende Unterschiede in den Positionen der EG-Kommission bzw. der USA ausmachen:

- Das Handlungsmotiv der USA ist eher politisch. Der Aspekt der Nicht-Proliferation steht dabei im Vordergrund. Die USA sehen das IWTZ als Instrument zur Realisierung von Projekten, die durch die Hauptstädte der Trägerstaaten beschlossen und finanziert werden.
- Die Haltung der EGK wird dagegen von wirtschaftlichen Überlegungen (Förderung der privaten Investitionen) dominiert. Die Beiträge der Trägerstaaten würden in Form von Pauschalzahlungen in einen "pool" fliessen, über dessen Verwendung der Managementausschuss relativ autonom entscheiden würde.

Büro für die Zusammenarbeit
mit Osteuropa



Carlos M. Orga

Beilagen erwähnt



DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

NATIONALRAT

Fragestunde vom 9. März 1992

Frage D: Baumberger

Prolifération des Atom-Know-hows der früheren Sowjetunion

In der ehemaligen Sowjetunion haben rund 100'000 Personen an der Entwicklung von Kernwaffen gearbeitet. Zwischen 3'000 bis 15'000 sollen Geheimnisträger von hoher Bedeutung sein. Die Gefahr der Prolifération dieses Wissens und des vorhandenen Nuklearmaterials bereitet zunehmend konkretere Sorgen. Glaubt der Bundesrat, dass die Gefahr durch die Massnahmen der GUS (teils in Zusammenarbeit mit den USA und der EG) gebannt ist? Wenn nein, welche Auswirkungen sieht er für die Schweiz? Wie könnte die Schweiz mithelfen, dieser Gefahr zu begegnen?

Réponse

1. Les modalités détaillées des mesures envisagées par la CEI (en collaboration avec les Etats-Unis et la Communauté Européenne) restent à être élaborées. Il semble dès lors prématuré que de vouloir porter un jugement définitif sur leur efficacité. Pour avoir un impact réel, il importe à notre avis que leur mise en oeuvre s'étale sur plusieurs années. Elles ne pourront de toute façon apporter qu'une solution partielle à un problème qui est d'une taille considérable.

2. La prolifération de savoir-faire nucléaire non-pacifique ne saurait nous laisser indifférents, car nous avons traditionnellement soutenu tous les efforts internationaux visant à garder le nombre des puissances nucléaires le plus petit possible. Avec l'éclatement de l'URSS, le problème de la divulgation du savoir-faire nucléaire a acquis une nouvelle dimension, mais il est dans l'intérêt de personne de le dramatiser outre mesure. Tout d'abord, nous sommes convaincus que la grande majorité des chercheurs en question se rend parfaitement compte de l'enjeu et ne

se laisse pas acheter à tout prix. Ensuite: leurs connaissances seront les bienvenues, notamment pour rétablir la sécurité des centrales nucléaires et pour affronter la tâche gigantesque du démantèlement de l'arsenal nucléaire existant dans leur propre pays. Finalement: dans la situation actuelle, il se peut malheureusement qu'il soit bien plus simple de faire voler (ou carrément acheter) un engin nucléaire tout fait que de recruter tous les spécialistes nécessaires pour sa fabrication...

3. Quoiqu'il en soit, nous sommes en train d'étudier en ce moment, en collaboration avec les intéressés directement concernés et avec d'autres Etats, les options - et elles sont plusieurs - qui pourraient contribuer à endiguer les différents dangers nucléaires résultant de l'éclatement de Union soviétique et auxquelles nous pourrions nous associer utilement.

o.324.22.URSS - FR

18.3.92

an	MER	ORC			a/a
Datum	19.3				
Visa	W				
19. MRZ. 2					
Ref.	E.3.76.77 26.1				

An die Politische Abteilung I
(Koordinator für Osteuropahilfe)

Internationales Zentrum für Wissenschaft und Technik in der GUS:

Gründe für eine schweizerische Beteiligung

1. Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen (nukleare Nonproliferation) ist ein traditionelles Anliegen der schweizerischen Aussenpolitik. Wenn wir dazu beitragen, dass die zahlreichen voraussichtlich arbeitslos werdenden Kernwaffen-Spezialisten der ehemaligen UdSSR auch in Zukunft in ihrem eigenen Land eine sinnvolle und ihren Qualifikationen entsprechende Tätigkeit ausüben können, kommen diese weniger in Versuchung, verlockende Stellenangebote aus Drittländern anzunehmen. Es gibt nämlich eine Reihe von Staaten, die im Verdacht stehen, heimlich Kernwaffen herstellen oder ihre allenfalls schon vorhandenen Arsenale verbessern zu wollen. Diese dürften daher keinen Aufwand scheuen, um Fachleute aus der ehemaligen Sowjetunion für ihre Dienste anzuwerben.
2. Angesichts der grenzüberschreitenden Folgen von Nuklearunfällen hat auch die Schweiz ein eminentes Interesse daran, dass der ehemaligen UdSSR die nötigen Fachleute erhalten bleiben, die dringend benötigt werden
 - zur Verschrottung und Entsorgung der riesigen Kernwaffenarsenale
 - zur Sanierung bzw. Stilllegung der Kernkraftwerke
 - zur Behebung der Folgen früherer Nuklearunfälle.
3. Ein finanzielles Engagement für die wissenschaftliche Elite der GUS-Staaten wird das Ansehen der Schweiz in diesen Staaten erhöhen und sich wohl auch auf die offiziellen Beziehungen vorteilhaft auswirken.
4. Die Schweizer Wissenschaft dürfte aus direkten Kontakten mit Spezialisten in den GUS-Staaten ebenfalls Nutzen ziehen.

* * *

Die Politische Abteilung III erachtet es aus den aufgeführten Gründen als äusserst wichtig, dass sich die Schweiz an dem Projekt beteiligt.

POLITISCHE ABTEILUNG III
i.A.

A. Ritz
(A. Ritz)

POLITISCHE ABTEILUNG I
E.B.75.77.03.-BOJ/OMU

Bern, den 31. März 1992

Projektvorschlag

Beratung der russischen Umweltbehörden bezüglich der Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen aufgrund des Ansatzes von Herrn Dr. P. Gresch, PD, Bereichsleiter Oekologie und Umwelttechnik, Elektrowatt Ingenieurunternehmung AG

1. Einleitung

Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ist heute in den meisten OECD-Ländern gesetzlich verankert und wird auch von den internationalen Finanzorganisationen (z.B. World Bank, European Bank for Reconstruction and Development, European Investment Bank) bei der Finanzierung von Projekten in Entwicklungsländern verlangt. Die UVP ist eine Teilprüfung aus der Sicht des Umweltschutzes im Rahmen des Entscheidungsverfahrens. Sie verschafft einen Ueberblick über die voraussehbaren Umweltauswirkungen einer geplanten Anlage und ist nichts anderes als ein Teil einer integralen Anlageprojektierung.

In den GUS-Republiken sowie in den osteuropäischen Ländern wurden oft Projekte mit hoher Ausnutzung an natürlichen Ressourcen realisiert, dies ohne Analyse der Konsequenzen für die Umwelt. Die Folge dieser Politik, aus der Sicht der Umwelt, sind an vielen Beispielen heute ersichtlich und werden sich noch während mehreren Jahren bemerkbar machen. Private Investoren sind mit Verpflichtungen zurückhaltend, weil sie befürchten, dass sie für die Kosten der Sanierung selbst aufkommen müssten. Die UVP verschafft nicht nur den Promotoren und Investoren, sondern letztlich auch der betroffenen Oeffentlichkeit Klarheit über die voraussehbaren Auswirkungen einer projektierten Anlage auf die Umwelt. Sie bildet als Instrument der Vorsorge einen wichtigen Bestandteil einer Umweltschutzgesetzgebung.

Es ist vorgesehen, den Beratungsauftrag über die Einführung der UVP in die Gesetzgebung der GUS-Republiken durch Herrn Dr. P. Gresch, Elektrowatt Ingenieurunternehmung, Zürich durchführen zu lassen, der über die entsprechenden Erfahrungen verfügt und der schon eine wichtige Vorarbeit

bei den relevanten Stellen der ehemaligen UdSSR (vgl. Beilage) geleistet hat.

Für die Durchführung der vorgesehenen Beratungstätigkeit sind insgesamt Mittel in der Höhe von SFr. 120'000.-- erforderlich.

2. Zielsetzungen, durchzuführende Arbeiten und geschätzte Kosten

Die geplante Beratungstätigkeit soll folgende Zielsetzungen erfüllen :

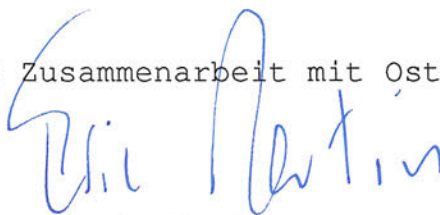
- Einführung des russischen Umweltministeriums in das schweizerische Konzept der UVP,
- Mithilfe bei der Formulierung der entsprechenden Gesetze,
- Erarbeitung der Verfahrensschritte und die zu deren Vollzug notwendigen organisatorischen Dispositionen in den Verwaltungen.

Die Zeitdauer des Projektes wird auf ein Jahr beschränkt.

Kostenzusammenstellung :

1. Konsulenthonorar	SFr. 100'000.--
2. Kosten der externen Qualitätssicherung, weitere Nebenkosten sowie allg. Reserve	SFr. 20'000.--

Büro für die Zusammenarbeit mit Osteuropa



Eric Martin

Beilage : Offerte Elektrowatt Ingenieurunternehmung, Zürich

UVP-BERATUNG MOSKAU

1. EINLEITUNG

Ende November 1991 fand in Moskau eine Konferenz über "Umweltverträglichkeitsprüfungen" statt. Herr Dr. Peter Gresch, der Leiter des Geschäftsbereichs "Ökologie und Umwelttechnik" der Elektrowatt Ingenieurunternehmung AG nahm daran teil. Er hielt einen Vortrag über die UVP-Regelungen in der Schweiz und arbeitete in einer Arbeitsgruppe mit.

Seine Ausführungen stiessen auf grosses Interesse und vermochte die TeilnehmerInnen so stark für die Problematik zu sensibilisieren, dass die Konferenz in ihrer Schlussresolution die Forderung nach der Einführung der UVP in die Gesetzgebung der Republiken aufnahm. Daraus erwuchs vom USSR Ministry of Natural Resources Management and Environmental Protection die Anfrage nach einer Beratertätigkeit. Das Problem, das sich dabei stellte, war die Finanzierung. Unverzüglich nahm Herr Dr. Gresch deswegen mit Herrn Bundesrat Flavio Cotti direkt Kontakt auf. In einer persönlichen Besprechung wurde ihm mündlich der Betrag von Fr. 100'000.- zugesichert, welcher mit dem vom Parlament verabschiedeten Rahmenkredit zur Förderung des Ostblocks gedeckt werden sollte.

2. ZIELSETZUNG

Ziel des Auftrags ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in Russland zu schaffen. Dabei sind umweltmässige und raumplanerische Aspekte zu berücksichtigen. Geplant ist keine Adaption des aktuellen Schweizer Modells, sondern eine optimierte Form.

3. ARBEITSPROGRAMM

Es ist eine intensive Zusammenarbeit mit den Russen geplant, die in Form von Workshops realisiert werden soll.

Der Arbeitsablauf unterteilt sich in vier Stufen:

1. Erste Reise nach Moskau mit den folgenden Zielen: (voraussichtlich 21.-24. April 1992)
 - Erfassung des Ist-Zustandes in Russland betreffend die relevanten gesetzlichen Rahmenbedingungen:
Als Vorbereitung dafür haben wir Frau Burman, unsere Kontaktperson (sie leitete in Moskau diejenige Arbeitsgruppe, in der Herr Dr. Gresch mitwirkte), einen Fragenkatalog zukommen lassen (s. Beilage), Frau Burman ist für die Weiterleitung an die zuständigen Personen besorgt.
 - Orientierung über den Ist-Zustand in der Schweiz
 - Vorbereitung des geplanten Workshops im Mai 1992 (Teilnehmer, Organisation, Inhalt)
2. Zweite Reise nach Russland mit dem Ziel, in einem Workshop den konkreten Inhalt eines Konzepts zur Schaffung der gesetzlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen zur Einführung der UVP in Russland auszuarbeiten
3. Besuch der Russen in der Schweiz mit den Zielen: (Herbst 1992)
 - Besuch von Ämtern
 - Weiterführung der Konzeptarbeit (organisatorische und verfahrensmässige Fragen)
4. Dritte Reise nach Moskau mit dem Ziel, die Konzeptarbeit und damit das Mandat abzuschliessen (Ende 1992)

In einer weiteren Phase könnte die EWI bei der Umsetzung der Konzeptarbeit am Beispiel konkreter Projekte in Russland beratend beistehen.

4. GESCHÄTZTE KOSTEN

Mit Herrn Bundesrat Flavio Cotti wurde mündlich ein Pauschalbetrag von Fr. 100'000.- vereinbart. Darin sind sämtliche Spesen (inkl. Domeltscherin) eingeschlossen. Bei der detaillierten Budgetierung hat sich herausgestellt, dass dieser Betrag äusserst knapp berechnet ist und keine Reserven zulässt.

5. ZEITRAHMEN

Der Zeitrahmen für die Erarbeitung des Konzepts wurde auf 1 Jahr festgelegt. Ob diese Vorgabe eingehalten werden kann, hängt u.a. davon ab, wie sich die Aufarbeitung/Vermittlung der notwendigen Informationen gestalten und in welcher Form sich die vorgesehenen Veranstaltungen durchführen lassen. Im weiteren ist der Erfolg davon abhängig, wer von russischer Seite an den Veranstaltungen teilnimmt.



	spatial planning	EIA
<p>legal pre-conditions</p> <ul style="list-style-type: none"> • name and number of.. • date/changes 	<ul style="list-style-type: none"> - Which are the legal pre-conditions dealing with land-use/land-use planning/spatial planning? - How many different (relevant) laws exist? - When were these laws put into force? Has there been a renewal of these laws? When? 	<ul style="list-style-type: none"> - Which are the legal pre-conditions dealing with the protection of the environment (constitution, laws, decrees, guidelines, limits etc.)? - When were these laws put into force? Has there been a renewal of these laws? When?
<p>organisation</p> <ul style="list-style-type: none"> • legal order • procedure • supervision of decisions on planning and execution • responsibility • commitment • coordination and consideration of divergent interests • participation of the people 	<ul style="list-style-type: none"> - Is spatial planning treated as a independent procedure or is it merely part of other planning procedures? - How many (and which) levels of planning exist (hierarchy)? - Which planning-subjects exist? - Are the same planning-subjects dealt with on all levels of planning? - (if not:) which planning-subjects are treated where? - Which are the proceedings (organisation) in spatial planning (top to bottom, bottom-up etc)? - How are decisions (in spatial planning) made and where/how are they published/presented? - How is the execution of decisions on (land-use/spatial) planning supervised? - Who (which authority) is in charge of planning? - Who approves plans and decisions? - Who is in charge of the implementation of plans and decisions? - Who supervises the planning process? - Who is committed by plans, concepts etc.? - In which procedure are diverging interests dealt with, how are projects with an expected influence on spatial development dealt with? - How is the coordination between different levels of planning guaranteed? - How and when is the people informed on planning-decisions? - Which are its means of participation/objection? 	<ul style="list-style-type: none"> - At which (planning) stage and in which procedure is EIA dealt with? - Which are the proceedings in EIA? - Are there different levels in EIA (e.g. according to the stage of the planning process)? - How is it ascertained which aspects have to be treated and which can be neglected in assessing the impact of a given project: is a preliminary assessment of the impact undertaken and are terms of reference formulated? - According to which criteria is the impact assessment examined? - How is it guaranteed, that restrictions or measures deriving from the examination of the impact are integrated in the further planning or final execution of a project? - How is it checked whether the defined measures lead to the the desired effects (during construction and operation of a project)? - Who assesses the impact of a project, who writes the report? - Who (which authority) examines the report and decides on approval/rejection of a project? - Is there an independent authority to do so? - Who is committed by decisions/recommendations deriving from the examination of the EIA? - If a project necessitates the approval of different authorities - how is the coordination between these approvals guaranteed? - Are divergent interests considered? - (if yes:) according to which criteria? - Are reports on EIA accessible to the people? - Who can object against decisions on EIA (and how) ?

E.B. 75.77.03-SVO

Bern, den 30. März 1992

Projektvorschlag zur Verwendung eines Teils des EDA-Spezialkredites für die Zusammenarbeit mit der ehemaligen Sowjetunion im Gesundheitsbereich**Ausgangslage:**

Auf der Koordinationskonferenz für Soforthilfsmassnahmen zugunsten der GUS in Washington am 22./23. Januar 1992 hielt die Arbeitsgruppe "Medical Assistance" fest, dass neben Medikamentenlieferungen der **Aufbau von Spitalpartnerschaften** zwecks logistischer wie materieller Hilfe absolut dringlich sei.

Der Unterzeichnende hat daraufhin mit der Vereinigung Schweizerischer Krankenhäuser (VESKA) Aarau Kontakt aufgenommen. Die VESKA verfügt bereits über einschlägige Erfahrungen im Aufbau mit Spitalpartnerschaften in Ostländern. Am 24. März fand eine Konferenz für Spitaldirektoren der ganzen Schweiz im Hotel Bern statt. Neben Spitalpartnerschaften mit Osteuropa im allgemeinen wurden auch über gewünschte neue Partnerschaften in einem Land der GUS im besonderen gesprochen.

Das Projekt "Spitalpartnerschaften"

Als Ergebnis der bisherigen Bemühungen darf festgehalten werden, dass voraussichtlich 4 - 6 Spitäler des Kantons Graubünden mit Unterstützung der Kantonsregierung bereit sind, eine solche Spitalpartnerschaft mit Spitälern in einer von uns favorisierten Region der GUS einzugehen. Allerdings bedarf es noch weiterer Abklärungen. Unter anderem würde der Kanton Graubünden lieber - wenn vorhanden - mit einer GUS-Region zusammenarbeiten, die den gebirgigen Verhältnissen des Kantons entspräche, da so eine Identifikation leichter fiele.

Im Falle des Zustandekommens einer Partnerschaft würde auch das Schweizerische Katastrophenhilfekorps sowie die Abteilung für Humanitäre Nahrungsmittelhilfe logistische Hilfe zu leisten. Da das SKH wie auch die HuNaHi bereits in der Region Ivanovo (300 km NO von Moskau) tätig sind, bietet sich eine Schweizer Spitalpartnerschaft mit dieser Region geradezu an. Möglicherweise ergeben sich durch weitere thematische und sektorische Verknüpfungen noch zusätzliche Synergieeffekte (vgl. dazu Projektvorschlag von KD).

Mittelverwendung

Vor allem Abklärungsmissionen und Sammeltransporte sollten mit den Mitteln des Bundes finanziert werden. Der Know-how-Transfer sowie Sachlieferungen (i.d.R. Occasionsmaterial) käme aus den Spenden der Spitäler zustande. Nur in besonderen Fällen würden auch Mittel für kleinere, aber unabdingbare Materiallieferungen bereitgestellt. Die Hilfe im Gesundheitsbereich wäre folglich subsidiär.

Kontrolle und Evaluation

Der Projektvorschlag ist mit dem Bundesamt für Gesundheitswesen abgesprochen. Das Büro für die Zusammenarbeit mit Osteuropa wie das BAG werden im Falle des Zustandekommens das gemeinsam mit der VESKA zu initiiierende Projekt betreuen und in sämtlichen Phasen begleiten.

Approximative Kosten für 1992: SFr. 150.000 .--

Büro für die Zusammenarbeit
mit Osteuropa
Sektor Gesundheit und Soziales



Volker Schulte

Beilage: VESKA Guide

Guide

Osthilfe

1. Grundsätzliches zur Idee

- 1.1. SDK, BAG und VESKA empfehlen die Direkthilfe mittels Partnerschaften zwischen schweizerischen Krankenhäusern und Spitälern in Ostländern. Die VESKA stellt sich als Koordinationsstelle für Partnerschaften zur Verfügung. Für kleinere Schweizer Spitäler sind auch gemeinsame Partnerschaften mit einem Spital denkbar (Pool). Wer schon eine Partnerschaft eingegangen ist, wird zweckmässigerweise dabei bleiben.
- 1.2. Das Rote Kreuz, die WHO und andere supranationale Organisationen versuchen, die Reorganisation des Gesundheitswesens langfristig zu beeinflussen (Bereitstellung der notwendigen Grunddaten; Aufnahme des Ist-Zustandes; Massnahmenvorschläge etc.)

2. Ziel einer Partnerschaft

Partnerschaft bedeutet ein Engagement über längere Zeit:

- Kurzfristig: Gezielte materielle Hilfe
- Mittelfristig: Hilfe zur Selbsthilfe
- Längerfristig: Erfahrungs- und Personalaustausch

3. Hinweise für die Hilfe

- 3.1. Generell: Persönliche Kontaktnahme an Ort und Stelle schon vor allfälliger Materiallieferung ist unerlässlich.
- Die Hilfsdelegation sollte gemischt zusammengesetzt sein (z.B. Verwalter, Arzt, Pflegedienst, Techniker).
 - Prinzipiell ist die elementare Grundausrüstung für ein Spital anzustreben bzw. zu ergänzen (Medizin, Chirurgie, apparative Einrichtungen, Medikamente, Wäsche, Pflegedienst etc.)
 - Die Wartung von komplizierter Medizinaltechnologie ist mangels Ersatzteile und entsprechender Ausbildung der dafür zuständigen Techniker nicht gewährleistet.
 - Von direkten Geldspenden ist abzusehen.
 - Bei nachfolgenden Besuchen empfiehlt es sich, die früheren Lieferungen nachzukontrollieren (Nutzung, Zustand, Verbrauch etc.)
 - Abgabe von Medikamenten nur an vertrauenswürdige Personen. Es ist zu prüfen, ob der Verbrauch in den Spitälern im Sinne einer Lagerkontrolle festgehalten werden kann.

- Gewünscht wird auch medizinische Fachliteratur.

3.2. Hilfe zur Selbsthilfe

- Schaffung einer internen Entwicklungsgruppe im Partnerspi-
tal.
- Jeweils umfassende Information an diese ganze Entwicklun-
gsgruppe (breite Abstützung der Information und damit auch
breite Abstützung der Massnahmen)
- Erarbeitung der Prioritäten mit dieser Entwicklungsgruppe.
- Wo es möglich und zweckmässig ist, sollten auch die ört-
lichen Medizinalgerätehersteller berücksichtigt werden.
So kann man die Wirtschaft des Landes unterstützen.

3.3. Erfahrungs- und Personalaustausch

- Praktika in der Schweiz sollten nur nach exakter vorheri-
ger Vereinbarung des Ausbildungsziels im Hinblick auf die
Umsetzung zu Hause geplant werden.
- Einstweilen hat es wenig Sinn, spezialisierte Kenntnisse
in der Medizinaltechnologie zu vermitteln, wenn vor Ort die
Einrichtung nicht vorhanden ist.
- Es ist darauf zu achten, dass tatsächlich Staatsangehörige
des entsprechenden Gastlandes zur Ausbildungspraktika ein-
geladen werden und nicht Staatsangehörige aus Drittländern,
die im Gastland arbeiten.

4. Hinweise zum Transport

- 4.1. Es sind Sammeltransporte zwischen einzelnen Spitälern anzu-
streben.
- 4.2. Materialtransporte sind bis ins Zielspital hin zu begleiten.
- 4.3. Bei Folgetransporten sollten möglichst dieselben Leute ge-
schickt werden (Orts- und Personenkenntnis)
- 4.4. Transportunterstützung durch routinierte Hilfsorganisationen
ist anzustreben (z.B. Schweizerisches Rotes Kreuz).
- 4.5. Bei Transporten mit dem Flugzeug ist der Ueberführung des
Materials vom Flughafen ins Zielspital besondere Aufmerksamkeit
zu schenken (Verhinderung von Fehlleitungen).
- 4.6. Es ist auch abzuklären, ob allenfalls Lastwagen aus dem Gast-
land das medizinische Material in der Schweiz abholen könnten.

5. Ausrüstung für die Kontaktpersonen und Transportbegleiter aus der Schweiz/Weitere Hinweise

- 5.1. Sprachkenntnisse/Dolmetscher
- 5.2. Währung in Dollars (kleine Noten)

- 5.3. Bezahlung der Hotels am Ort möglichst in Landeswährung.
 - 5.4. Landeskarte
 - 5.6. Gültiger Schweizer Pass/Visum
 - 5.7. Grüner Versicherungsausweis für Autofahrer
-

N o t i z e n

E.B.75.77.26.3.-CAN/MF

Berne, le 31 mars 1992

Projet pilote "Managemententwicklung Russland",
proposé par le Gottlieb Duttweiler Institut

OBJECTIF :

Ce projet vise à renforcer les liens commerciaux entre la Suisse et la Russie, en tenant compte des problèmes dûs à la rencontre de deux cultures différentes (valeurs, histoire, attentes).

APPROCHE :

Il s'agit en premier lieu de repérer une dizaine d'entreprises suisses intéressées à soutenir un projet d'assistance-conseil et de formation au management en faveur de partenaires russes qui auraient le potentiel adéquat pour devenir des partenaires commerciaux valables. Nous devons constituer, à l'aide de ces entreprises, un groupe de coopération du côté suisse.

La deuxième phase consistera à identifier les partenaires de coopération du côté russe et à clarifier leurs besoins et leurs intérêts. Nous constituerons avec ces derniers un groupe de coopération du côté russe.

Une fois les deux parties constituées, il s'agira de les mettre en contact et de les aider à élaborer les objectifs, les priorités et les résultats attendus de cette nouvelle coopération.

En dernier lieu, nous devons procéder à l'élaboration conjointe d'un plan d'opération pour une première phase de coopération. Ce plan définira les tâches et la participation financière des différentes parties. Sur cette base, le DFAE pourra décider de la suite à donner au projet.

BUDGET :

Fr. 360'000.--

DUREE :

Avril-décembre 1992

REMARQUE :

Ce projet sera conduit selon les modalités d'une action-recherche afin de clarifier l'interprétation russe d'une "économie de marché".

Bureau de coopération pour l'Europe de l'Est



Lucio Canonica

E.B.75.77.25.4 - KD

Bern, den 30. März 1992

PROJEKTVORSCHLÄGE IM LANDWIRTSCHAFTLICHEN VERTEILUNGS- UND VERARBEITUNGSBEREICH

Ausgangslage:

Während der Washingtoner-Konferenz und in den Folgetreffen der Arbeitsgruppen "Food" und "TZ" wurde einer raschen Verbesserung der Verteilungsstrukturen in Form einer technischen Unterstützung im Anschluss an humanitäre Hilfsaktionen höchste Priorität beigemessen. Ziel des internationalen Engagements sollte in einer ersten Phase sein, zukünftigen Versorgungsengpässen durch gezielte TZ-Programme entgegenzuwirken, um einer Wiederholung humanitärer Grossaktionen im nächsten Winter vorzubeugen. Die Industriestaaten wurden aufgefordert, an der Lissaboner-Konferenz über bilaterale Pilotprojekte in diesem vordringlichen Bereich zu berichten. Vorabklärungen mit schweizerischen Partnern, die konkrete Projekterfahrungen in Russland gesammelt haben, führten zu den zwei nachfolgend beschriebenen Vorschlägen einer technischen Unterstützung. Diesbezügliche Abklärungsmissionen vor Ort sind im April 1992 geplant, nachfolgende Projektskizzen müssen dementsprechend rudimentär bleiben. Da es sich um langfristige Projekte mit einer gewissen Vorbereitungs- und Anlaufzeit handelt, können die damit verbundenen Kosten nur zu einem bescheidenen Teil über den Spezialkredit für die UDSSR (Restbetrag Fr. 3,9 Mio.) finanziert werden.

1. Integriertes Projekt im Landwirtschafts- und Gesundheitsbereich. Iwanowo

Die Schweiz hat im Nachgang an die Washingtoner Konferenz drei russischen Städten (Moskau, Iwanowo, Vladimir) eine humanitäre Soforthilfe im Wert von Fr. 3,5 Mio. gewährt. Diese umfasst Nahrungsmittelhilfe (Milchpulver, Käse, Getreide) und Basisedikamente. Aus den Bezirken Privolsk und Furmanov (Region Iwanowo; RF 300km nördl. von Moskau) sind offizielle Unterstützungsbegehren eingetroffen. Der Wunsch nach Städtepartnerschaften und nach direkten Kontakten zu Schweizer Landwirten wurde geäußert. Das SKH hat seit Februar 1992 einen Logistiker vor Ort, der den Transport und die Verteilung der Güter kontrolliert und uns Informationen zur landwirtschaftlichen Situation in der Region Iwanowo zukommen liess. In Zusammenarbeit mit der Sektion humanitäre Hilfe der DEH wurden Vorabklärungen im Hinblick auf ein Projekt eingeleitet, das die Instrumente "humanitäre Hilfe" und "technische Zusammenarbeit" kombiniert. Damit soll im Sinne von verstärkter Konzentration, Kohärenz und Synergie einerseits bei der Projektidentifikation auf bestehende Kontakte abgestützt und andererseits die humanitäre Soforthilfe durch ein Follow-up-Programm im TZ-Bereich ergänzt werden, um eine nachhaltige Verbesserung in dieser Region zu erzielen.

Vorgeschlagene Programmaktivitäten:

- Schwerpunkt Vieh- und Milchwirtschaft:

Ausgangspunkt: Restrukturierung einer Milchfabrik in der Kleinstadt Furmanov; Verbesserung der Verarbeitungs- (Frischmilch, Past-, ev. UHT-Anlage, ev. Käseproduktion) und Verteilungsstrukturen (Kühlkette; Qualitätskontrolle, vgl. Erfahrungen aus Polen). Zusammenarbeit mit einigen der 5 Kolchosen und 3 Sowchosen der Region (Know-how-Transfer): Einführung marktwirtschaftlicher Produktionsformen und Verarbeitungsmethoden im Milchbereich; Reorganisation auch der diesbez. Produktionsstrukturen parallel zur

eingeleiteten Privatisierung und Agrarreform in der Russischen Föderation; Beratung in der unternehmerischen Betriebsführung. (Budget 92-93: Grobschätzung Fr. 500'000.-)

Weiterführung: Güterlieferung, Technologie-Transfer mit fachlicher Beratung und Einführung im Produktions- und Verarbeitungssektor: Förderung kleinbetrieblicher Produktionsstrukturen und privater Genossenschaften. Es fehlen moderne und angepasste Maschinen im Landwirtschaftssektor, da bisher ausschliesslich kommandowirtschaftliche und zentralistische Planungseinflüsse auf Latifundien ausschlaggebend waren (Milch- und ev. Käsewirtschaft, Molkereien, Kleintraktoren, Erntemaschinen, etc.).

Ev. kombiniertes Projekt im Kartoffel- und Getreidebereich: Vordringlich erscheint hier die Kartoffel-Lagerung und -Verarbeitung; ev. parallel zu Projekt in Woronesch (vgl. auch Migros-Projekt in der Republik Komi)

(Budget ab 93: open ended)

- Prüfung von Möglichkeiten mit Bezug auf Gemeindeparterschaften und direkte Kontakte zu schweiz. Landwirten und Produzentengruppen (ev. über den Bauernverband; vgl. "Action villageoise roumaine")

- Opportunität und Machbarkeit eines Einsatzes von mobilen Verteilzentren in der Region Iwanowo wird geprüft (kurzfristige Aktion in Zusammenarbeit mit dem Migros-Genossenschaftsbund)

- Gesundheitswesen: Projekt Spitalpartnerschaften VESKA (sh. Projektvorschlag SVO).
(Budget 92: Fr. 150'000.-)

Vorgehen: Ein Mitarbeiter der humanitären Sektion wird sich zwecks Evaluation der Soforthilfemassnahmen Mitte April nach Iwanowo begeben und wird weitere Unterlagen beschaffen; er soll insbesondere lokale Bedürfnisse abklären und mögliche Lokalpartner identifizieren sowie die Zusammenarbeit mit russischen Koordinationsstellen einleiten. Eine Abklärungsmission durch schweiz. Experten könnte ab 20. April stattfinden. Der zu erwartende Bericht dieser Mission sollte uns erlauben, an der Konferenz von Lissabon im Mai 1992 erste Projektskizzen mit konkreten und originellen Ansätzen vorzulegen.

2. Kartoffelflockenfabrik Woronesch (Oblast)

Entwicklungsprojekt der Migros (MGB) zur Verbesserung der Verarbeitungsstrukturen in der Region Woronesch (RF an der ukrainischen Grenze; 1,5 Mio. Einwohner) .

Ziel: Verwertung der jährlichen Ueberschuss-Kartoffeln in der Region; Einführung marktwirtschaftlicher Verarbeitungsstrukturen; Aufbau einer integrierten Produktionskette: Vor- (Aussaat, Produktion, Ernte) sowie nachgelagerte Strukturen (Verteilung, Verkauf, Marketing) sollen in diesem Grossprojekt integriert werden. Auch hier geht es um die Restrukturierung in organisatorischer und betriebswirtschaftlicher Hinsicht.

Innovatives Element: Zusammenarbeit Bund - Migros, wobei der gegenseitigen Rollendefinition grosse Bedeutung zukommt.

Vorgehen: Die Migros führt zurzeit eine Abklärungsmission durch, die zu einem Grobkonzept führen sollte. Diesbezügliche Projektunterlagen wurden in Aussicht gestellt, bevor das EDA über ein Einsteigen befinden muss. Das EDA sollte sich anschliessend an der konkreten Projektformulierung beteiligen. Als Einstieg könnte die Finanzierung eines Sprachkurses für die zukünftigen Projektpartner vor Ort dienen (Kosten 1992: rund Fr. 30'000.-).

Gesamtbudget kann nur aufgrund eines Grobkonzepts geschätzt werden (mehrere Mio. Fr.).

Weitere Projekte im Landwirtschaftsbereich befinden sich in der Vorabklärungsphase. Diese sind realistischerweise kaum über den Spezialkredit an die UDSSR zu finanzieren:

- Saatgut-Projekt in der Region Briansk

Hilfsbegehren aus Twer; Lieferung von Saatgut aus der Schweiz und D als Soforthilfemassnahme könnte in eine Pilotaktion für eine dauerhafte Strukturhilfe münden.

- Beratungsfirma Nebiker, Sissach

Joint-venture "Farm Cooperation AG" zwischen einer schweiz. Firma und der Düngemittelfabrik Doliati-Azot) in der Region Samara.

Restrukturierung einer ehemaligen Kolchose (Pilotprojekt mit TZ-Massnahmen).

Büro für die Zusammenarbeit mit Osteuropa
Sektor Landwirtschaft und Verteilung



Denis Knobel